

Obdachlosenunterbringung

Informationspflicht gemäß Artikel 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Vorwort:

Für die Obdachlosenunterbringung müssen personenbezogene Daten verarbeitet werden. Unter „personenbezogenen Daten“ sind - gemäß Art. 4 Abs. 1 DSGVO - alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen, zu verstehen. Als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind, identifiziert werden kann.

Mitunter kann es vorkommen, dass besondere Kategorien von personenbezogenen Daten verarbeitet werden. Unter „besondere Kategorien personenbezogener Daten“ sind gemäß Art. 9 Abs. 1 DSGVO personenbezogene Daten zu verstehen, aus denen die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit hervorgehen, sowie genetische Daten, biometrische Daten zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person, Gesundheitsdaten oder Daten zum Sexualleben oder der sexuellen Orientierung einer natürlichen Person.

Die nachfolgenden Informationen betreffen die Verarbeitung der von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten sowie Daten, die nicht bei Ihnen erhoben wurden. Unter „Verarbeitung“ ist - gemäß Art. 4 Abs. 2 DSGVO - jeder mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführter Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung zu verstehen.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Amt / Gemeinde Lensahn
Der Amtsvorsteher / Der Bürgermeister
Eutiner Straße 2
23738 Lensahn

Telefon: 04363 / 508 - 0
E-Mail: amt-lensahn@amt-lensahn.de

Fachliche Zuständigkeit

Amt / Gemeinde Lensahn
Frau K. Ecke
Eutiner Straße 2
23738 Lensahn

Telefon: 04363 / 508 - 31
E-Mail: katharina.ecke@amt-lensahn.de

2. Behördlicher Datenschutzbeauftragter

Amt / Gemeinde Lensahn
Herr A. D. Kaiser
Eutiner Straße 2
23738 Lensahn

Telefon: 04363 / 508 - 32
E-Mail: datenschutzbeauftragter@amt-lensahn.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Ihre Daten werden ausschließlich für die im Vorwort genannten Zwecke benötigt; dies beinhaltet auch die Erhebung von Gebühren.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung normaler Kategorien personenbezogener Daten:

Artikel 6 Absatz 1 lit. c und e DSGVO
i. V. m.
Artikel 6 Absatz 3 lit. b DSGVO
i. V. m.
§ 3 Landesdatenschutzgesetz Schleswig-Holstein (LDSG)
i. V. m.
§§ 177 ff. Landesverwaltungsgesetz Schleswig-Holstein (LVwG)
i. V. m.
§§ 174 i. V. m. 162 Absatz 1 LVwG
i. V. m.
§§ 165 Abs. 1, 165 Absatz 2 und 166 Absatz 1 LVwG

Bei der Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Obdachlosenunterkünfte dient als Rechtsgrundlage zusätzlich:

§ 224 LVwG
in analoger Anwendung der
§§ 812 ff. Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)
bzw. aufgrund öffentlich-rechtlicher Geschäftsführung ohne Auftrag
§§ 677 ff. BGB analog
i. V. m.
der Satzung des Amtes Lensahn über die Erhebung von
Gebühren für die Inanspruchnahme von Unterkünften zur Vermeidung
von Obdachlosigkeit oder zur Aufnahme von Aussiedlerinnen und
Aussiedlern, Asylsuchenden sowie Flüchtlingen

Bei Einwilligungserklärungen dient Artikel 6 Absatz 1 lit. a DSGVO als Rechtsgrundlage.

Die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten erfolgt nur in begründeten Ausnahmen (z. B. Gesundheitsdaten bei Gefahr für Leib und Leben) oder mit Ihrer Einwilligung.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten:

Artikel 6 Absatz 1 lit. c und e DSGVO
i. V. m.
Artikel 6 Absatz 3 lit. b DSGVO

i. V. m.
Artikel 9 Absatz 1 i. V. m. Absatz 2 lit. g
i. V. m.
§ 12 Absatz 1 LDSG
i. V. m.
§§ 177 ff. Landesverwaltungsgesetz Schleswig-Holstein (LVwG)
i. V. m.
§§ 174 i. V. m. 162 Absatz 1 LVwG
i. V. m.
§§ 165 Abs. 1, 165 Absatz 2 und 166 Absatz 1 LVwG

Bei Einwilligungserklärungen dient Artikel 9 Abs. 1 und Absatz 2 lit. a i. V. m. Artikel 6 Absatz 1 lit. a DSGVO.

4. Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden

a) Normale Kategorien personenbezogener Daten:

Vor- und Nachname, Geschlecht, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus, Anschrift, Sozialleistungsbezug (inkl. Aktenzeichen), Geburtsort, Einreisedatum, Personenberechtigter (z. B. Vormund), Telefon-/Mobilfunknummer, E-Mail-Adresse, Bankverbindung, nicht biometrisches Passbild.

Die tatsächlichen erhobenen Daten variieren im Einzelfall, weshalb Ihnen in jedem Fall empfohlen wird, sich entweder beim Verantwortlichen, der fachlichen Zuständigkeit oder bei dem behördlichen Datenschutzbeauftragten zu informieren.

b) Besondere Kategorien personenbezogener Daten:

In den meisten Fällen handelt es sich um Gesundheitsdaten oder Daten zur rassischen oder ethnischen Zugehörigkeit. Die tatsächlich erhobenen Daten variieren im Einzelfall, weshalb Ihnen in jedem Fall empfohlen wird, sich entweder beim Verantwortlichen, der fachlichen Zuständigkeit oder bei dem behördlichen Datenschutzbeauftragten zu informieren.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern personenbezogener Daten

a) Normale Kategorien personenbezogener Daten:

Leistungsbehörde, interne Empfänger wie das Einwohnermeldeamt oder das Amt für Finanzen. Die tatsächlichen Empfänger variieren im Einzelfall, weshalb wir Ihnen in jedem Fall empfehlen, sich entweder beim Verantwortlichen, der fachlichen Zuständigkeit oder bei dem behördlichen Datenschutzbeauftragten zu informieren.

b) Besondere Kategorien personenbezogener Daten:

In den meisten Fällen handelt es sich um medizinische Einrichtungen. Die tatsächlichen Empfänger Ihrer besonders schützenswerten personenbezogenen Daten variieren abhängig von Ihrem Anliegen, weshalb Ihnen in jedem Fall empfohlen wird, sich entweder beim Verantwortlichen, der fachlichen Zuständigkeit oder bei dem behördlichen Datenschutzbeauftragten zu informieren.

6. Dauer der Speicherung

Die Dauer, für die personenbezogene Daten gespeichert werden, oder - falls dies nicht möglich ist - die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer, unterscheiden sich im Einzelfall, weshalb Ihnen in jedem Fall empfohlen wird, sich entweder beim Verantwortlichen, der fachlichen Zuständigkeit oder bei dem behördlichen Datenschutzbeauftragten zu informieren.

Obdachlosenangelegenheiten: 10 Jahre ab dem 01.01. des auf die Beendigung der Obdachlosigkeit fallenden Kalenderjahrs, bei Bedarf auch länger.

Ordnungsbehördliche Verfügungen: 10 Jahre ab dem 01.01. des auf die Beendigung der Obdachlosigkeit fallenden Kalenderjahrs.

Obdachlosenunterkünfte: 5 Jahre ab dem 01.01. des auf die Beendigung der Obdachlosenunterkünfte fallenden Kalenderjahrs.

7. Betroffenenrechte

Als natürliche, von einer Datenverarbeitung betroffene Person, haben Sie insbesondere folgende Rechte:

- a) Auskunftsrecht über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO);
- b) Recht auf Datenberichtigung, sofern Ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 DSGVO);
- c) Recht auf Löschung der zu Ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DSGVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Abs. 3 DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DSGVO;
- d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DSGVO).

Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung;

- e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DSGVO).

8. Widerrufsrecht bei Einwilligungen

Insbesondere auf Ihr Widerrufsrecht gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO möchten wir Sie aufmerksam machen, da die Datenverarbeitung Ihrer besonders schützenswerten personenbezogenen Daten auf einer Einwilligungserklärung Ihrerseits begründet ist. Sie haben jederzeit das Recht, Ihre Einwilligung ohne Angabe von Gründen für die Zukunft zu widerrufen. Wenden Sie sich hierfür einfach an die verarbeitende Stelle, den Datenschutzbeauftragten der verarbeitenden Stelle oder den Verantwortlichen der verarbeitenden Stelle.

9. Bereitstellung personenbezogener Daten

Die Pflicht zur Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist gesetzlich vorgeschrieben. Dies betrifft jedoch nicht die besonderen Kategorien personenbezogener Daten, die Sie mittels einer Einwilligungserklärung zur Verfügung stellen können. Eine Nichtbereitstellung der gesetzlich zur Verfügung zu stellenden personenbezogenen Daten hätte zur Folge, dass die unter Ziffer 3 genannten Zwecke nicht erfüllt werden können.

10. Quellenangabe

Sofern wir Ihre personenbezogenen Daten nicht bei Ihnen erhoben haben, haben Sie das Recht, Informationen über die Quelle zu erhalten. In den meisten Fällen erhalten wir ergänzende Daten von anderen Ordnungsämtern, bei denen Sie bereits in der Vergangenheit Obdach erhalten haben oder von für Sie zuständigen Betreuern, sofern vorhanden.

Die Quellen können sich im Einzelfall unterscheiden, weshalb Ihnen in jedem Fall empfohlen wird, sich entweder beim Verantwortlichen, der fachlichen Zuständigkeit oder bei dem behördlichen Datenschutzbeauftragten zu informieren.

11. Beschwerderecht

Sollten Sie der Ansicht sein, dass Ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden, haben Sie gem. Art. 77 DSGVO das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, beispielsweise bei dem

Unabhängigem Landeszentrum für Datenschutz
Postfach 71 16
24171 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1200
E-Mail: mail@datenschutzzentrum.de